

## **Wirtschaftliche Perspektiven für den Saarpfalz-Kreis**

Rede IHK-Präsident Dr. Weber vor der Vollversammlung am 4. September 2001 in Homburg

Meine Damen und Herren,

es ist inzwischen guter Brauch der Vollversammlung der IHK Saarland wenigstens eine von insgesamt vier Vollversammlungen im Jahr außerhalb Saarbrückens zu begehen. Als Homburger freue ich mich natürlich ganz besonders, Sie in meiner Heimatstadt begrüßen zu dürfen. Für mich ist das sozusagen nach vielen Auswärtsspielen endlich mal wieder ein Heimspiel. Ich hoffe, Sie sind gerne auf den Schlossberg gekommen und haben wenigstens mit einem kurzen Blick die tolle Aussicht von hier oben genießen können.

Mein besonderer Gruß gilt unseren Gästen auf dem Podium, die mit uns über die wirtschaftlichen Perspektiven des Saarpfalz-Kreises diskutieren wollen:

- Herrn **Landrat Clemens Lindemann**,
- Herrn **Jürgen Steck**, Geschäftsführer der Prosensys GmbH in Bexbach,
- Herrn **Günter Trautmann**, Geschäftsführer der Trautmann Treuhand GmbH in St. Ingbert, und
- Herrn **Dieter Geimer**, Geschäftsführer der Autohaus Geimer GmbH, Mitglied der Vollversammlung der IHK und Regionalbeauftragter der IHK für den Saarpfalz-Kreis

und last but not least

- Herrn **Manfred Krause** von der Saarbrücker Zeitung, der anschließend die Moderation übernehmen wird.

Meine Damen und Herren,

die Zeit vergeht. In gut einem Jahr ist schon wieder Bundestagswahl. Erlauben Sie mir deshalb zunächst einige Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik auf Bundesebene.

Die Bundesregierung ist mit einem doppelten Versprechen angetreten. Zum einen wollte sie die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen drücken. Dieses Ziel scheint gegenwärtig nicht mehr erreichbar. Die Hiobsbotschaften über die Entwicklung der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt häufen sich.

Nicht besser steht es mit dem zweiten Versprechen der Regierung, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu senken. Auch dieses Ziel ist in weite Ferne gerückt, trotz Teilfinanzierung der Rentenversicherung aus der Ökosteuer.

Jetzt rächt sich, dass die Bundesregierung es versäumt hat, in Zeiten guter Konjunktur dringend notwendige Reformen anzupacken. Sie hat insbesondere in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Zügel schleifen lassen. Schlimmer noch: Sie hat Weichen in die falsche Richtung gestellt. Das hat nicht nur die Lohnnebenkosten weiter steigen lassen, sondern auch zur Verunsicherung der Wirtschaft und Verbraucher beigetragen und dadurch der Konjunktur geschadet.

Sicher, ein Teil der derzeitigen Konjunkturprobleme ist auch durch die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung verursacht. Genau so richtig ist aber auch, dass die beste Absicherung gegen negative Außeneinflüsse eine konsequent auf Wachstum ausgerichtete Politik ist. Anders gesagt: Je steiler der Wachstumspfad einer Volkswirtschaft ist, desto leichter können kurzfristige Konjunkturreinbrüche weggesteckt werden. Das beste Beispiel dafür sind gegenwärtig die USA, die trotz rückläufiger Konjunktur nur eine halb so hohe Arbeitslosenquote aufweisen wie Deutschland.

Wir brauchen deshalb in Deutschland endlich eine Politik für mehr Wachstum. Elemente einer solchen Politik sollten sein:

- Erstens: Die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Durch die sogenannten Reformen der Schröder-Regierung ist die Regulierungsschraube noch weiter angezogen worden. Das fing an mit der Verschärfung der Kündigungsvorschriften, ging über die Gesetze zur Scheinselbständigkeit und den 630-Mark-Jobs und hat mit den Befristungs- und Teilzeitgesetzen sowie dem neuen Betriebsverfassungsgesetz seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Die Regierung hat damit das Gegenteil von dem gemacht, was eigentlich notwendig wäre, um mehr Beschäftigung zu schaffen.

Um es klar zu sagen: Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Regulierung auf dem Arbeitsmarkt. Das ist in Politik und Wirtschaft weitestgehend bekannt. Trotzdem wird nicht gehandelt. Mit anderen Worten: Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit.

- Zweitens: Wir brauchen einen grundlegenden Umbau der Sozialsysteme. Die Rentenreform stellt nur einen ersten zaghaften Schritt in die richtige Richtung dar. Dringend notwendig ist aber vor allem eine radikale Wende in der Gesundheitspolitik. Der „Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ hat erst kürzlich in einem Gutachten auf das unbefriedigende Kosten-Nutzen-Verhältnis im deutschen Gesundheitswesen hingewiesen. Dabei drohen wegen der demografischen Entwicklung die Kosten in den nächsten Jahren gänzlich aus dem Ruder zu laufen. Schon heute bewegt sich der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung mit 13,5 Prozent auf Rekordniveau. Tendenz: steigend. Wenn jetzt nicht schnell und durchgreifend gehandelt wird, droht der Beitragssatz in den nächsten Jahren zu explodieren. Experten sehen ihn dann im Jahre 2030 bei 25 Prozent. Deshalb muss jetzt Schluss sein mit dem Kurieren an Symptomen. Wir brauchen endlich eine grundlegende Reform, die auf mehr Eigenverantwortung, mehr Markt und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen setzt.

Auch die Arbeitslosenversicherung muss auf ihre Tauglichkeit überprüft und neu gestaltet werden. Dabei sollten wir uns wieder auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen: Zeitlich begrenzter Einkommensersatz für diejenigen, die im Konjunkturabschwung arbeitslos werden. Das bedeutet vor allem, dass die Arbeitslosenversicherung von fremden Aufgaben und Belastungen befreit und auf eine Basissicherung in Höhe des Sozialhilfeniveaus zurückgeführt werden sollte. Wer eine höhere Absicherung seines Einkommens im Fall von Arbeitslosigkeit wünscht, muss diese individuell leisten.

- Drittens: Unverzichtbares Element einer nachhaltigen Wachstumspolitik ist eine beschäftigungsfördernde Steuerpolitik. Die mit der Unternehmensteuerreform beschlossenen Steuerentlastungen kommen für Personen- und Einzelunternehmen zu spät. Deshalb sollten die für 2003 und 2005 vorgesehenen Absenkungen des Steuertarifs in der Einkommensteuer vorgezogen werden. Die Steuerbelastung aller Unternehmen muss deutlich unter 40 Prozent sinken.

Wir dürfen uns in der Steuerpolitik keinen Stillstand leisten – standortorientierte Steuerpolitik ist Daueraufgabe. Dies gilt erst recht in Zeiten schwacher Konjunktur.

**Saarland:** Richtige Weichenstellungen – aber auch noch Defizite.

Zu einer zukunftsorientierten Steuerpolitik gehört auch die Abschaffung der Gewerbesteuer. In den letzten Wochen sind hierzu einige Vorschläge unterbreitet worden – auch seitens der Landesregierung. Wir begrüßen diese Initiativen und werden uns mit eigenen Vorschlägen, wie die Kommunen für den Wegfall der Gewerbesteuer zu kompensieren sind, an der Diskussion beteiligen. Dass die Kommunen einen Ausgleich bekommen müssen, ist unstrittig - gerade angesichts der zum Teil desolaten Finanzausstattung der saarländischen Städte und Gemeinden.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir an dieser Stelle einige Anmerkungen zur Situation unserer Kommunen. Vorweg: Wir brauchen leistungsfähige Städte und Gemeinden, die für die Daseinsvorsorge da sind und zugleich ein wirtschaftsfreundliches Umfeld bieten. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen Sie eine adäquate Finanzausstattung. Diese ist für viele saarländische Kommunen gegenwärtig nicht gewährleistet. Das Weißbuch des Saarländischen Städte- und Gemeindetages zeigt vielmehr, dass nicht wenigen Kommunen das Wasser bis zum Hals steht. Auch im Saar-Pfalz-Kreis, der trotz ansonsten guter wirtschaftlicher Daten die zweithöchste Verschuldung aller Kreise im Saarland hat. Nur der Stadtverband Saarbrücken ist noch höher verschuldet.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen richtig definiert und der kommunale Finanzausgleich in seiner jetzigen Form finanziell ausreichend dotiert ist und die richtigen Anreize setzt.

Die Kommunen sind aber auch aufgefordert, eigene Beiträge zur Gesundung ihrer Finanzen zu leisten. Dazu gehört etwa:

- die weitere Verschlankung der kommunalen Verwaltungen
- die Übernahme von Organisations- und Managementprinzipien, die sich in der privaten Wirtschaft bewährt haben
- die kritische Durchforstung der Ausgabenseite der kommunalen Haushalte

- und nicht zuletzt weitere Fortschritte bei der Privatisierung kommunaler Leistungen.

Letztlich geht es also auch darum, dass die Gemeinden sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und die Produktion von Gütern und Dienstleistungen privaten Unternehmen überlassen. Dadurch entstehen Chancen für die mittelständische Wirtschaft und neue Arbeitsplätze.

Die IHK hat sich deshalb im Mittelstandsbeirat der Landesregierung für eine Verschärfung des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes stark gemacht. Unser Vorschlag sieht vor, dass eine wirtschaftliche Betätigung nur noch dann erlaubt wird, wenn die Gemeinde nachweist, dass die Leistung ihrer Art nach nicht ebenso gut und wirtschaftlich von privaten Unternehmen erbracht werden kann.

Der Wirtschaftsminister unterstützt unseren Vorschlag. Jetzt ist die Innenministerin am Zuge. Dabei hoffe ich, dass die Umsetzung unseres Vorschlages in diesem Fall etwas rascher geht, wie bei der Senkung der Gewerbesteuer.

Hier haben wir durch jahrelanges Bohren dicker Bretter erreicht, dass die Hebesätze im Saarland in Richtung auf den Bundesdurchschnitt abgesenkt werden. Das erspart den saarländischen Unternehmen am Ende über 40 Millionen DM – und zwar jährlich! Das ist ein großer Erfolg für den Standort. Und ich hoffe, dass auch möglichst viele von Ihnen davon profitieren.

Meine Damen und Herren,

ich habe noch die Titelseiten und Kommentare der großen überregionalen Zeitungen vor Augen, als zu Beginn dieses Schuljahres die Schulzeit an Gymnasien hierzulande auf acht Jahre verkürzt wurde. Der Tenor war ausgesprochen erfreulich. Das Saarland wurde als Vorreiter in der Bildungspolitik wahrgenommen.

Die positive Resonanz sollte die Landesregierung ermutigen, auf dem eingeschlagenen Weg der Qualitätsoffensive weiter zu gehen. Ziel muss dabei sein, den Leistungsgedanken an den Schulen wieder stärker zu verankern und die Leistungsbereitschaft der Schüler zu erhöhen. Die verkürzte Gymnasialzeit ist dabei nur eine Maßnahme unter anderen. Weitere müssen folgen. Die wichtigsten Stichworte dazu lauten: Schulautonomie und Schulwettbewerb.

Die in internationalen Leistungsvergleichen immer wieder zu Tage tretenden Schwächen deutscher Schüler haben nämlich auch etwas mit dem mangelnden Wettbewerb zwischen den Schulen zu tun. Für alle – Lehrer und Schüler – ist es gut, wenn die Schulen mehr Gestaltungsspielräume bekommen und untereinander in Wettbewerb treten. Nur so entfaltet sich mehr Eigeninitiative und unternehmerischer Geist an unseren Schulen. Der Staat muss sich aus den Schulen zurückziehen. Natürlich muss er Rahmenbedingungen, etwa Mindeststandards und verbindliche Kernfächer vorgeben. Aber warum sollten Schulen nicht ihre Lehrer und Schüler selbst aussuchen dürfen? Warum sollten Schulen vorgegebene Budgets nicht so einsetzen können, wie sie es für richtig halten? Man muss den Schulwettbewerb ja nicht direkt im ganzen Land einführen. Man kann ja erst mal in einem Landkreis beginnen. Warum nicht im Saar-Pfalz-Kreis?

Meine Damen und Herren,

Seien Sie versichert, die IHK wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür engagieren, unser Land fit zu machen für die Zukunft! Die Meisten von Ihnen wissen es: Die IHK stellt nicht nur Forderungen an andere. Sie setzt sich auch mit eigenen Initiativen dafür ein, dass unser Land vorankommt. Ich nenne nur einige Beispiele:

- In der Weiterbildung hat die IHK letztes Jahr eine breit angelegte Offensive zur Qualifizierung von IT-Kräften gestartet. Gemeinsam mit Unternehmen der Branche hat sie mehr als 20 neue IT-Lehrgänge entwickelt, die sich gegenseitig ergänzen und mit einem IHK-Zertifikat abschließen. Diese Lehrgänge werden im Rahmen einer "Weiterbildungspartnerschaft" von saarländischen Weiterbildungsträgern angeboten. Damit möchte die IHK auch die "Internet-Akademie Saarland" unterstützen.
- Vorne mit dabei ist die IHK auch bei der Nutzung der neuen Medien. In der Internet-Firmendatenbank der IHK sind derzeit rund 4.200 saarländische Unternehmen mit ihren Produkt- und Leistungsprofilen erfasst. Im Rahmen unserer Initiative IHK Regional und durch die Großveranstaltung Media-Mit haben wir kleine und mittlere Unternehmen immer wieder auf die Chancen hingewiesen, die das Internet bietet. Im Demonstrationszentrum für elektronischen Geschäftsverkehr haben unsere Unternehmen jederzeit die Möglichkeit, sich in Seminaren zu informieren und individuell beraten zu lassen. Und unser eigenes Internet-Angebot haben wir kontinuierlich ausgebaut und noch übersichtlicher gestaltet – mit vielen nützlichen Tipps und

Informationen, mit allen Ansprechpartnern in der IHK, mit unseren Börsen und – ganz aktuell – mit ausführlichen Informationen zur nächsten IHK-Wahl. Schauen Sie doch einfach einmal rein: [www.saarland.ihk.de](http://www.saarland.ihk.de).

- Zum Schluss möchte ich unsere Initiative für mehr Ausbildungsplätze nennen. Hier arbeiten wir seit vielen Jahren gemeinsam mit anderen Partnern in einem großen Netzwerk zusammen. Wir haben eine Internet-Ausbildungsplatzbörse eingerichtet und viele neue Ausbildungsbetriebe akquiriert. Bis zu 100 ehrenamtliche „Lotsen“ haben uns dabei zeitweilig unterstützt – viele davon auch hier aus dem Saar-Pfalz-Kreis. Und der Erfolg? Seit dem Tiefststand konnten wir die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsplätze im Saarland um über 66 Prozent steigern. Heute liegt das Saarland bei der „Lehrstellendichte“ (d. h. bei der Zahl der Neuabschlüsse je Einwohner) auf dem dritten Platz unter allen Bundesländern. Bei allem Einsatz der IHK-Mitarbeiter – dies ist vor allem Ihr Erfolg, meine Damen und Herren Unternehmer. Und darauf dürfen Sie auch einmal Stolz sein!

Sie sehen: Mit gemeinsamen Einsatz lässt sich eine ganze Menge erreichen. Und seien Sie versichert: Die IHK wird sich auch weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, unser Land fit zu machen für die Zukunft!

Meine Damen und Herren,

von der Landespolitik nun zum Saar-Pfalz-Kreis: Als Saarpfälzer schenke ich es mir, seine landschaftlich reizvolle Lage zu erwähnen. Eigenlob stinkt bekanntlich. Das überlassen wir anderen, etwa dem saarländischen Umweltminister, der Teile des Blies- und Mandelbachtals als Biosphärenregion von der UNESCO anerkennen lassen will. Das adelt die Region und eröffnet neue Perspektiven für die Vermarktung des Bliesgaus. Aber auch sonst braucht sich der Saar-Pfalz-Kreis nicht zu verstecken.

Wirtschaftlich ist er der stärkste Landkreis des Saarlandes. Er hat

- die höchste Arbeitsplatzdichte,
- mit die geringste Arbeitslosenquote und
- die zweithöchsten Steuereinnahmen je Einwohner.

Allein bei der Verschuldung schneidet er, wie bereits erwähnt, nicht so gut ab.

Es wäre jetzt natürlich interessant, der Frage nachzugehen, warum der Saar-Pfalz-Kreis so gut ist. Meine Vermutung ist: das hängt mit unserer bayerischen Vergangenheit zusammen. Anscheinend war die Zeit des bayerischen Interregnums lang genug, die genetische Disposition des Saarpfältzers positiv zu verändern. Mir sinn äwe annersd.

Insgesamt gibt es im Saar-Pfalz-Kreis heute über 7.000 IHK-zugehörige Betriebe mit zusammen rund 55.000 Beschäftigten. Viele davon sind familiengeführte Mittelstandsbetriebe, die sich in den letzten Jahren aus kleinen Anfängen emporgearbeitet haben. Zusammen mit den größeren Unternehmen des Kreises, wie Bosch, Festo, Krupp-Gerlach, Karlsberg und Voit, um nur einige zu nennen, haben sie zu der guten Beschäftigungsbilanz in den letzten Jahren beigetragen.

Daneben gibt es auch noch eine Reihe kleinerer Unternehmen, die als spin-offs der Universität oder von Forschungsinstituten gegründet wurden. Ein Beispiel für solch ein junges und innovatives Unternehmen ist die Prosensys GmbH, die im Bereich der Sensorik und Messtechnik tätig ist. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass Herr Steck, Geschäftsführer der Prosensys, heute bei uns ist.

Es ist wichtig für den Strukturwandel in unserem Land, dass wir die Potenziale heben, die an unseren Universitäten und hier in Homburg speziell am Klinikum schlummern. Wir haben im Land nämlich immer noch eine Unternehmerlücke, die möglichst rasch geschlossen werden muss. Aus diesem Grund engagiert sich auch die Karlsberg Gruppe beim Aufbau des "Biomedizinischen und informationstechnischen Innovationszentrums" in Homburg. Dort sind bereits mehrere Firmen tätig. Wir versprechen uns von ihnen wichtige Impulse für den Zukunftsmarkt Biotechnologie. Ich freue mich deshalb ganz besonders, Prof. Unteregger und Prof. X vom Innovationszentrum hier und heute begrüßen zu können. Vielleicht können Sie ja anschließend etwas zu den Schwerpunkten Ihrer Arbeit sagen.

Gestatten Sie mir noch einige Hinweise zum Zukunftsthema Biotechnologie. Bis vor kurzem war das Saarland auf der Landkarte führender Biotech-Unternehmen noch ein weißer Fleck. Wir begrüßen es deshalb, dass die Landesregierung in die biotechnologische Offensive gegangen ist. Als IHK wollen wir aber auch einen Eigenbeitrag leisten. Die Vollversammlung der IHK hat deshalb gerade auf ihrer Sitzung beschlossen, sich am Stiftungsinstitut "Pharma-



Biotechnologie" zu beteiligen. Darüber hinaus ist die Gründung einer Fördergesellschaft Biotechnologie in Vorbereitung. Die IHK wird die Geschäftsführung übernehmen.

Wir würden diese Initiativen nicht unterstützen, wenn wir nicht davon überzeugt wären, dass die Biotechnologie ein Zukunftsmarkt ist. Das Saarland muss auf solchen Märkten präsent sein, damit der Strukturwandel gelingt. Ich freue mich deshalb, dass meine Heimatstadt Homburg als Pionier auf diesem Gebiet vorangeht.

Während die Initiativen zur Stärkung zur Biotechnologie hierzulande auf breite Zustimmung stoßen dürften, sind andere Projekte durchaus umstritten. Ich denke hier an das geplante Handelsforum Homburg, das zur Stärkung und Belebung der Einkaufsstadt Homburg beitragen soll. Die IHK Saarland begrüßt diese Initiative, die – und das muss man wohl so sehen – nicht ohne den sanften Druck aus Zweibrücken ergriffen worden wäre. Dies beweist einmal mehr: Wettbewerb – auch zwischen Städten – gebiert Neues. Defensivstrategien, die auf eine Verhinderung des Einkaufszentrums aus sind, sind aus Sicht des betroffenen innerstädtischen Einzelhandels durchaus verständlich. Im Endeffekt führen sie aber nur dazu, dass die Stadt Homburg gegen die auswärtige Konkurrenz etwa in Neunkirchen und Zweibrücken das Nachsehen hat. Ich ermuntere deshalb die Homburger Kaufmannschaft: Begreifen Sie das Einkaufszentrum nicht als Bedrohung, sondern als Chance. Es lenkt neue Einkaufsströme in die Stadt. Der Kuchen wird größer. Wenn Sie sich rechtzeitig drauf einstellen, können Sie sich ein Stück davon abschneiden. Die Alternative dazu hieße: Schleichender Kaufkraftabfluss in die benachbarten Zentren, Leerstände in der Innenstadt, Verschlechterung des Branchenmix und letztlich noch mehr Kaufkraftabfluss. Dazu darf es nicht kommen. Faktisch gibt es keine Alternative zum Handelsforum Homburg. Wobei über Details des Projekts – Standort, Branchenmix – selbstverständlich noch zu reden ist.

Meine Damen und Herren,

vor vier Jahren haben wir unsere Initiative IHK Regional gegründet – nach dem Motto "Wir kommen Ihnen entgegen!". Seither werden wir immer wieder mit Fragen nach der Zukunftsfähigkeit der Kommunen konfrontiert. Wir haben deshalb eine eigene Veranstaltungsreihe unter dem Namen "Wirtschaftsstandort Kommune" ins Leben gerufen. Heute bildet die Unterstützung des Stadt- und Kommunalmarketings in den saarländischen Kommunen einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit. Die damit gemachten Erfahrungen

wollen wir demnächst in eine große Konferenz zum Thema Stadtmarketing einbringen. Dazu lade ich Sie heute schon ganz herzlich ein.

Einladen möchte ich Sie auch dazu, sich mit uns zu engagieren. Für weitere Fortschritte in unserem Land, in Ihrem Kreis, in Ihrer Gemeinde. Es ist schließlich eine der Stärken unseres Landes, dass wir vieles gemeinsam und im Konsens zustande bringen könnten. Wenn wir diese Stärke ein wenig ausbauen, wenn sich jeder von uns noch ein wenig mehr für die gemeinsame Sache engagiert, können wir es tatsächlich schaffen, im Reigen der Bundesländer weiter aufzuholen. Machen Sie mit! Engagieren Sie sich – gemeinsam mit Ihrer IHK!

Mitmachen, nach vorne schauen, nach neuen Wegen suchen – das soll auch das Motto unseres jetzt folgenden Wirtschaftsdialogs sein. Unsere Gäste habe ich Ihnen schon zu Beginn vorgestellt. Ich darf deshalb gleich das Wort an Herrn Krause übergeben, der uns nahtlos vom Monolog in den Dialog führen wird.